

Freiberger Anzeiger und Tageblatt.

Amtsblatt für die königlichen und städtischen Behörden zu Freiberg und Brand.

Verantwortlicher Redakteur Julius Braun in Freiberg.

No 235.

Erscheint jeden Sonntag Abends 6 Uhr für den andern Tag. Preis vierteljährlich 2 Mark 25 Pf., zweimonatlich 1 R. 50 Pf. u. einmonatlich 75 Pf.

Sonntag, den 8. Oktober.

Inserate werden bis Vormittags 11 Uhr angenommen und beträgt der Preis für die gespaltene Zeile ober deren Raum 15 Pfennige.

1882.

Nachbestellungen

auf den „Freiberger Anzeiger und Tageblatt“ für die Monate

Oktober, November und Dezember

werden von sämtlichen Postanstalten wie von der unterzeichneten Expedition und den bekannten Ausgabestellen in Freiberg, Brand, Langenan, Halsbrüde, Langhennersdorf und Weizsacken zum Preise von 2 Mark 25 Pf. angenommen.

Exped. des „Freib. Anzeiger u. Tageblatt“.

Die Woche.

Im deutschen Reiche war es in vergangener Woche recht still, die große Politik ruhte fast ganz. Nur im Nachbarstaate Preußen brachte die Wahlbewegung etwas Leben in die Massen. In der Regel spielen kurz vor den Wahlen die verschiedenen Programme eine Hauptrolle; wir verzichten gern darauf, dieselben hier näher zu besprechen, nur eines Umstandes sei dabei gedacht. Die preussische Regierung hat diesmal gar kein Programm veröffentlicht. Daß sie dies überhaupt nicht gemacht hat, ist jedenfalls nicht richtig. Zum Mindesten besteht an leitender Stelle das alte Programm, welches man als die „kanzlerische Reform“ bezeichnet. Aber selbst dieses Programm hat eine Lücke erhalten. Der eigentliche Kern — das Tabakmonopol — fehlt ihm und es soll angeblich auch vom Verwendungsgebot nicht mehr die Rede sein. Viele meinen, die Regierung publiziere deshalb kein Programm, damit der Opposition der Stoff zur Wahlagitation entzogen werde. Indeß ist dieser Standpunkt wohl etwas gesucht. Er scheint nur eingenommen zu werden, weil keine andere Gelegenheit geboten ist, der Regierung etwas am Zeuge zu flicken. Hat die Regierung ein neues Programm, so wird es schlecht gemacht; hat sie keins, so wird die Regierung getadelt, daß sie eben kein Programm hat. Das jetzt beliebte Mittel, daß die Regierung ihr festes Programm hat, aber die Publikation einmal unterläßt, paßt Niemandem recht. Wenn man sich der Worte erinnert, mit welchen der Reichskanzler am 12. Juni d. J. sich in seiner Monopolrede im Reichstage über die Steuerfrage aussprach, so hätte man annehmen sollen, die Wahlbewegung werde sich um nichts anderes drehen als um die Frage des Drucks an direkten Steuern und der zur Abhilfe dienenden Mittel. Der Reichskanzler äußerte damals: „Wir erwarten, daß bei den Neuwahlen in Preußen die Frage: Fühlt das preussische Volk wirklich einen Steuerdruck, dessen Erleichterung es wünscht oder nicht? ein Hauptkriterium bilde. Soll die Klassensteuer mit ihren Millionen Exzessionen beibehalten werden, das ganze veraltete Institut? Soll die hohe Belastung der Gemeinden beibehalten werden, ohne ihnen zu helfen? Soll das Schulgeld beibehalten werden? Wollte der nächste Landtag wie der bisherige sich einer eingehenden Diskussion der Bedürfnis- und Verwendungsfrage einer Beschlußnahme darüber, welche Verwendung er haben will, versagen, so könnte ich Sr. Majestät nur raten, so oft an die Wähler zu appelliren, bis darüber die nothwendige Entscheidung erreicht ist, und ich werde kein Bedenken tragen, Sr. Majestät zu raten, den preussischen Landtag, sobald er nur gewählt ist, zu berufen, ihm diese Frage zu stellen und ohne Weiteres von Neuem an die Wähler zu appelliren, wenn uns wiederum in der bisherigen Weise ausgewichen wird.“ Nun steht es aber heute unmittelbar vor den Wahlen um die Steuerfrage dunkler als je. Dissidirende Stimmen haben nur versichert, daß der Landtag über die Bedürfnisfrage zur Reform sich äußern soll. Darnach scheint es, daß die große Lehre vom Patrimonium der Enterbten und die große Sozialreform dem Kanzler selbst nicht mehr als unheilbares Dogma gelten; er will offenbar nicht mehr den Sprung ins Dunkle machen. Von einer großen Exzursion aus dem Reiche der sozialen Träume heimkehrend kann die innere Politik sich wieder der liberalen Praxis zuwenden, um zunächst das Erreichbare zu schmieden und dann von Fall zu Fall fortzuschreiten. Diese echt Bismarck'sche Politik nach außen empfiehlt sich auch im Innern. Eine völlige soziale Beglückung des deutschen Volkes ist zur Zeit ebenso unerreichbar, wie die Vereinigten Staaten von Europa" mitfamnt der Abschaffung

der Armeen und dem Reiche der Völker- und Bruderkiebe! — In Berlin wurde vor einigen Tagen ein Prozeß gegen einen Mann verhandelt, welcher angeklagt war, seine Frau und seine vier Kinderchen getödtet zu haben, um sich mit einer Frauensperson, mit welcher er schon seit Jahren Umgang hatte, ungehindert verheirathen zu können. Der graufige Vorfall an sich mag an dieser Stelle außer Betracht bleiben; aber die Person des Angeklagten fordert die Betrachtung heraus, weil sie uns typisch zu sein scheint für eine gewisse Gattung von Giftpflanzen, wie sie nur auf dem Boden der Großstadt emporküchert. Der Angeklagte, wie er uns in der Gerichtsverhandlung entgegen trat, war trotz seines niedrigen Bildungsgrades ein Mann von scharfem Verstande und gewandtem Geiste, der in dem Kampfe mit der Anklage seinen Mann zu stellen wußte. Aber in diesem Manne verrieth nichts eine Spur von Gefühl; gleichgiltig sprach er von seiner Frau, welche er der Untreue beschuldigte, gleichgiltig von dem Tode seiner Kinder, den nach seiner Darstellung seine Frau herbeigeführt haben sollte. Einer kirchlichen Gemeinschaft gehörte der Angeklagte nicht an; aus der Landeskirche war er ausgeschieden. Unter seinen Büchern fand man nicht eines, welches dem Gemüth Nahrung zu geben vermocht hätte, dagegen naturwissenschaftliche Schriften darwinistischer Richtung und sozialdemokratische Schriften. Befragt, ob er sich zur Sozialdemokratie bekenne, gab der Angeklagte an, daß er in einzelnen Punkten von ihr abweiche, in anderen mit ihr übereinstimme. Wer Berliner Gerichtsverhandlungen häufiger studirt, wird ähnlichen Gestalten schon oft begegnet sein. Es ist hier nur ein ganz besonders scharf hervortretender Charakter, der sich dem erstaunenden Blicke zeigt, aber allein steht er nicht. Nicht die Wege aller seiner Gesinnungsgenossen führen zur Anklagebank, am allerwenigsten wegen Mordes. Aber wer in der Großstadt in einzelnen Schichten des Volkes sich umsehen will und kann, der wird Hunderten von Menschen begegnen mit scharfem, durchdringendem Verstande, aber mit völlig verdorren Gemüthsleben und darum aller Würzeln beraubt, welche dem Menschen einen Halt zu geben vermögen. Sollte darum eine solche Gerichtsverhandlung nicht etwas mehr sein, als ein die Nerven reizendes Drama? Sollte unserm Geschlecht nicht mit ernster Stimme die Mahnung daraus entgegen tönen, die ethischen Momente des Menschenlebens wieder voll und ganz zur Geltung zu bringen und die Subeltöne über unsere herrliche Zivilisation ein wenig herabzustimmen?

Der österreichische Kaiserstaat hat nunmehr auch seine Judenhege im großen Style hinter sich. Die aus dem Preßburger Komitat eingelassenen Schilderungen, obgleich man sie jetzt als theilweise übertrieben bezeichnet, lassen erkennen, daß die dortige Hege ähnlichen Vorfällen in Süd-Rußland an Umfang nicht viel nachsteht. Dem energischen Einschreiten des von der ungarischen Regierung nach Preßburg entsendeten Kommissars ist es in erster Linie zu danken, daß die Exzesse in Preßburg und den umliegenden Ortschaften beendet worden sind. Diese bedauerlichen Vorgänge lassen erkennen, welche Früchte die durch die Herren Jfocj und Genossen nach Ungarn verpflanzte antisemitische Bewegung zu zeitigen vermag und es bleibt nur zu wünschen, daß der demnächst zusammen tretende ungarische Reichstag diesen Herren ihr sauberes Handwerk energisch legen wird. Uebrigens muß die Regierung in Pest ihre Anschauungen über die Staatsgefährlichkeit der Unruhen plötzlich modifizirt haben, da sie dem Regierungskommissar in Preßburg die telegraphische Weisung erteilte, den Ministerial-Erlaß über das Standrecht in suspenso zu lassen, bis bestimmte Fälle seine Publikation nöthig machen. Hoffentlich werden die Antisemiten in diesem Umstande nicht eine Ermuthigung erblicken, solche „bestimmte Fälle“ jetzt erst zu schaffen.

In Frankreich dauert die politische Stille noch an, aber sie wird in nächster Zeit voraussichtlich heftigen Stürmen Platz machen. Gambetta hat gelegentlich eines Frühstückes, welches er jüngst seinen Freunden gab, mit vollen Baden wieder in die große Bojane gestoßen und versichert, daß er sich lebhaft an den Verhandlungen der französischen Deputirtenkammer zu betheiligen gedenke, namentlich was die Fragen der Militärreformen, des Jentlichen Unterrichts und der Justiz-Reorganisation anbelangt. Das Wiederauftreten Gambetta's, nachdem er verhältnißmäßig lange geschwiegen, wird auch in Deutschland Interesse erregen. — Die Baret-Verleihung an den päpstlichen

Nuntius in Paris giebt den dortigen Blättern Anlaß zu heftigen Polemiken. Czachy hatte bekanntlich weder mit den Bonapartisten, noch mit den Legitimisten gemeinschaftliche Sache gemacht, sondern, weltlichen Opportunitätsrücksichten folgend, sich mit den Republikanern leidlich gut gestellt. Dies können ihm Blätter wie der „Gaulois“ nicht verzeihen. Um so lebhafter nimmt sich seiner der „Figaro“ an, der unter Anderm schreibt: „Man griff ihn auf jede erdenkliche Weise an, durch Unterstellungen, durch falsche Gerüchte, durch Verleumdungen, und eines Tages erzählte man sogar, er sei bei dem Papste in Ungnade gefallen und werde nach Petersburg versetzt — nach Petersburg, wo es keine Nuntiatoren giebt. Das Schlimmste an dieser heuchlerischen Haltung ist aber, daß gerade diese Ultrakatholiken und angeblichen Puritaner, die ihn verfolgen, die Partei ausmachen, welche durch ihre Uebertreibungen und Bündnisse der Kirche und dem heiligen Stuhle am meisten geschadet haben. War sie es nicht, die dem Kaiserreich am eifrigsten diente, als das Kaiserreich das Papstthum untergrub?“

In England ist man eifrigst beschäftigt, dem siegreich heimkehrenden ägyptischen Expeditionskorps Lorbeerkränze zu winden, bildlich und wörtlich genommen. Den Löwenantheil der Anerkennungen des Vaterlandes für die geleisteten Dienste werden natürlich die beiden Chefs der Expedition, Admiral Seymour und Sir Garnet Wolseley, einheimisch, denn sie erhalten außer dem Beersittel jeder 50 000 Pfund Sterling (1 Mill. Mark); den Truppen, welche den ägyptischen Feldzug mitgemacht haben, wird eine Kriegsmedaille verliehen werden, durch welche der Sieg der britischen Waffen verewigt werden soll. Hierbei dürfte es nicht uninteressant sein, zu erwähnen, daß die hervorragendsten Generale des ägyptischen Expeditionskorps mit schweren körperlichen Gebrechen behaftet sind, welche es den Betreffenden unmöglich machen würden, in einer kontinentalen Armee zu dienen. So hat General Alison nur einen Arm, der Oberbefehlshaber, Wolseley, selbst ist im Besitze nur eines Auges und General Wood, welchem sich Arabi Pascha ergab, ist gar — stocktaub!

Nachdem das Schwert in Egypten entschieden, hat eigentlich erst die schwierige Thätigkeit für Englands Diplomatie begonnen. Die Selbstüberhebung der englischen Presse hat sich einigermaßen abgekühlt; man sieht allmählich ein, daß Deutschland ein gewichtiges Wörtchen mitzureden habe, und jedenfalls gedenkt man — auch ohne Separatallianz — mit Deutschland besser vorwärts zu kommen als mit Frankreich, welches die Folgen seiner enthaltamen Politik am schwersten darin fühlt, daß alle Großmächte England als Vormacht am Nil anerkennen. Von Rußland aus verbreiten offiziöse Notizen das volle Vertrauen, daß Gladstone seine Versprechungen durchaus loyal halten und einem Konflikt mit den europäischen Regierungen aus dem Wege gehen werde; Deutschland erfährt sogar das Lob der Russen, weil es sich stets um die Erhaltung des Friedens verdient gemacht habe. Dieses russische offiziöse Lob steht freilich im Widerspruch zur russischen Volksstimmung, welche noch immer in Bismarck den Feind jeder russischen Vergrößerung erblickt.

Es was verdächtig ist die politische Bewegung auf der Balkanhalbinsel. Die Fürsten von Bulgarien und von Montenegro sollen in ein verwandtschaftliches, von Rußland protegirtes Verhältnis treten, da Alexander von Bulgarien die älteste Tochter des Fürsten Nikolaus, Prinzessin Jarka, heirathen soll. Die Fürstenbesuche dürften wohl auch politische Zwecke haben; nachdem Alexander von Bulgarien den König Karl von Rumänien in Sinaja besucht hat, trifft in nächster Woche König Milan von Serbien zum Besuche des bulgarischen Fürsten in Rustschuk ein, und König Karl von Rumänien wird mit Nikolaus von Montenegro bald darauf in Sofia erwartet. Diese Begegnungen könnten leicht den Ausgangspunkt von Aktionen bilden; jedenfalls erzeugen sie eine Art Gährung bei jenen vergrößerungssüchtigen Völkern.

Tageschau.

Freiberg, den 7. Oktober.

Ueber den Einfluß der Schutzpocken-Empfung bei Pocken-Epidemien sind die Ansichten bekanntlich sehr getheilt. Es dürfte deshalb nicht unwesentlich sein, eine Stimme zu vernehmen, der man wohl ein kompetentes